

Zeitschrift: Zürcher Student : officielles Organ des VSETH (Verband der Studenten an der ETH Zürich) & des VSU (Verband Studierender an der Uni)

Herausgeber: Verband der Studenten an der ETH Zürich VSETH ; Verband Studierender an der Uni VSU

Band: 9 (1931-1932)

Heft: 5

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ZÜRCHER STUDENT

OFFIZIELLES ORGAN DER STUDENTENSCHAFT DER
UNIVERSITÄT ZÜRICH UND DES VERBANDES DER
STUDIERENDEN A N D E R E I D G . T E C H N . H O C H S C H U L E

IX. Jahrgang, Heft 5 — Oktober 1931

Preis der Einzelnummer Fr. —.80

Jahresabonnement Fr. 7.50

REDAKTION: Robert Tobler, Freudenbergstr. 108, Zürich 7. Tel. 20.895

VERLAG: Müller, Werder & Co., Wolfbachstraße 19, Zürich

VOM XIII. KONGRESS DER CONFEDERATION INTERNATIONALE DES ETUDIANTS IN BUKAREST.

Waren es am letztjährigen Kongreß der Confédération Internationale des Etudiants (C. I. E.) in Brüssel in erster Linie politische Fragen wie die Diskussion über die Aufnahme der großdeutsch organisierten Deutschen Studentenschaft in die C. I. E. und Minoritätenfragen gewesen, die das allgemeine Interesse auf sich gelenkt hatten, so traten demgegenüber am diesjährigen Kongreß — der vom 8.—22. August in Bukarest stattgefunden hat — diese etwas in den Hintergrund gegenüber Fragen der inneren Organisation und der praktischen Zusammenarbeit des Verbandes. Der Brüsseler Kongreß hatte klar gezeigt, daß das staatliche Aufbauprinzip vorläufig für die C. I. E. das einzige mögliche ist. Da man an diesem in den Statuten verankerten Prinzip festhielt, scheiterten die Aufnahmeverhandlungen mit der Deutschen Studentenschaft, die die österreichischen Studenten, sowie die Deutschen Studenten Danzigs und der Tschechoslowakei in der C. I. E. mitvertreten wollte. Aus diesem Grunde mußten auch die Aufnahmegesuche der flämischen, kroatischen und mazedonischen Minorität abgelehnt werden. Die Studenten eines bestimmten Landes können gemäß Statuten nur durch einen Nationalverband, der allerdings sämtlichen Studierenden des betreffenden Landes offenstehen muß, vertreten werden. Da die Länder, denen die erwähnten Minoritäten entstammten, bereits in der C. I. E. vertreten waren durch einen Verband, der den statutarischen Anforderungen der C. I. E. entsprach, konnte von einer Aufnahme dieser Minoritäten in die C. I. E. keine Rede sein. Daß

die C. I. E. einer Diskussion von Minoritätenfragen nicht schlechtweg aus dem Wege gehen wollte, bewies sie durch die einstimmige Annahme einer von der südafrikanischen Delegation eingebrachten Resolution, die den Vorstand der C. I. E. beauftragte, einen Bericht vorzulegen über die Frage, wie den Minoritäten die Möglichkeit zu Meinungsäußerungen gegeben werden könnte. Der Vorstand befaßte sich auf Grund dieser Resolution anlässlich seiner Sitzungen in Chamonix und London sehr eingehend mit dem Minderheitsproblem. Er war dabei einstimmig der Auffassung, daß der gegenwärtige Aufbau der C. I. E., der eine Aufnahme von Minderheiten als Mitglieder der C. I. E. ausschließt und somit ihre direkte Vertretung verunmöglicht, die einzige mögliche Basis sei für eine internationale Zusammenarbeit. Um aber den freien Meinungsaustausch über allgemein interessierende Probleme zu erleichtern, wurde beschlossen, außerhalb der repräsentativen Beratungen der Jahrestkongresse freie Diskussionsmöglichkeiten zu schaffen, wo jedermann sich zu den diskutierten Problemen äußern kann, ohne sich als Repräsentant eines bestimmten Landes zu fühlen. Diese freien Diskussionen sollen dem Gedankenaustausch der intellektuellen Jugend aller Länder dienen. Resolutionen sollen nicht gefaßt werden. In Bukarest wurde in dieser Beziehung ein erster Versuch unternommen. Es waren als Diskussionsthemen gewählt worden: „Student und ökonomische Krise“ und „Student und Arbeitslosigkeit der Intellektuellen“. Der Versuch, der recht gut gelungen ist, dürfte den Vorstand ermutigen, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren. Man darf sich allerdings nicht verhehlen, daß diese freien Diskussionen nur einen sehr schwachen Versuch darstellen, die Minderheiten zur Mitarbeit im internationalen Verband heranzuziehen. Der Vorstand hat sich die Ausführung der Brüsseler Resolution etwas zu leicht gemacht. Das Problem ist daher keineswegs gelöst und wird früher oder später in der C. I. E. wieder auftauchen. Daß niemand Lust hatte, den ganzen Komplex von Minoritätenfragen ausgerechnet auf einem Kongreß, der im Balkan stattfand, wieder aufzurollen, wird man leicht verstehen. Von der Gespanntheit der Atmosphäre in dieser Beziehung konnten sich die Kongreßteilnehmer anläss-

lich eines kleinen Zwischenfalles überzeugen. Die bulgarische Studentenschaft hatte die Anwesenheit von Herrn Poberezski, Vertreter des Weltstudentenwerkes, aus Genf, benutzt, um ihm in einer Plenarsitzung ein offizielles Dankschreiben zu überreichen für die Dienste, die er als Sekretär des Weltstudentenwerkes der bulgarischen Studentenschaft geleistet hatte durch eine internationale Hülfsaktion, welche den Bau eines Studentenhauses in Sofia ermöglichte. In diesem Schreiben war die Rede vom neuen Studentenhaus in Sofia, das ein Heim für die bulgarischen Studenten aus der Dobrudja, aus Thracien und Macedonien und ein Heim des nationalen Bewußtseins werden solle. Die Anspielung auf die Dobrudja — ob sie absichtlich war oder nicht, bleibe dahingestellt — genügte, die Gemüter der rumänischen Kommilitonen zu erhitzen. Sie erhoben flammenden Protest und führten eine unerquickliche politische Diskussion mit entsprechendem Nachspiel in der rumänischen Presse herbei.

Das Hauptinteresse des Kongresses konzentrierte sich indessen auf die Diskussion der von einigen Nationalunionen eingebrachten Statutenänderungsvorschläge. Man hätte meinen sollen, daß diese Fragen mehr interner Natur die Gemüter nicht allzu stark erhitzen würden; doch waren die politischen Fragen, die dahinter lauerten, von solcher Tragweite, daß sie die Existenz des Verbandes bedrohen. Die praktische Arbeit der C. I. E. wird gegenwärtig von 4 Sekretariaten geleitet, von denen jedes einem bestimmten Nationalverband angegliedert ist. Der betreffende Nationalverband trägt die Verantwortung für die Arbeit und zum Teil auch für die Finanzen des ihm übertragenen Sekretariates. So verwaltet Belgien zur Zeit das Office central in Brüssel und die Kommission für geistige Zusammenarbeit, England die Kommission für internationale Studienreisen und Studentenaustausch, Polen das Institut für internationale studentische Selbsthilfe in Warschau und Frankreich das Sportsekretariat in Paris. Ungenügendes Funktionieren einzelner dieser Sekretariate und der ständigen Kommissionen haben nun die Nationalverbände Englands, Hollands und der Vereinigten Staaten bewogen, einen Vorschlag einzubringen dahingehend, daß alle diese Sekretariate zu einem ein-

zigen ständigen Generalsekretariat mit besoldetem Personal zusammenzulegen seien. Der Sitz dieses Zentralbureaus sollte in der Schweiz sein. Dieser Vorschlag wurde gemacht, um in Zukunft eine intensivere und fruchtbarere praktische Zusammenarbeit zu ermöglichen. Die Antragsteller hofften auch, daß durch eine solche Intensivierung der praktischen Zusammenarbeit eine gewisse zunehmende Spannung in den politischen Fragen der C. I. E. abgeschwächt werden könne. Für eine solche Zentralisierung sprachen natürlich viele Gründe. Der Vorschlag wurde denn auch von allen Nationalunionen unterstützt, ausgenommen Belgien, Frankreich, Polen, Rumänien und Jugoslawien, die zusammen den sogenannten französischen Block bilden und gegenwärtig 3 von den 4 existierenden Sekretariaten verwalteten. Die Tschechoslowakei, die sonst ebenfalls diesem Block anzugehören pflegt, folgte in dieser Frage der Zentralisation nicht ihrer offiziellen Politik. Namentlich Belgien widersetzte sich jeder Reform. Tagelange Beratungen förderten nicht das geringste praktische Resultat zu Tage. Man hatte aus einer rein praktischen Frage eine politische gemacht, eine Frage des nationalen Prestiges. Die ganze Angelegenheit war damit auf eine unheilvolle Bahn gelenkt, und wenn das Projekt der Zentralisation in der Kommission auch mit großer Mehrheit durchging, so vereinigte es in der Plenarsitzung doch nicht genügend Stimmen auf sich, um die $\frac{3}{4}$ Mehrheit, die zur Revision der Statuten notwendig war, zu erreichen. In der Folge gaben am Schluß des Kongresses die Vertreter Dänemarks, Hollands, Schottlands, Schwedens, Südafrikas und der Vereinigten Staaten von Amerika Erklärungen ab, daß die C. I. E. in ihrer gegenwärtigen Form nicht mehr dem entspreche, was sie von einem internationalen Studentenverband erwarten und daß sie ihren Nationalverbänden den Austritt aus der C. I. E. empfehlen würden. Holland zog seine Einladung für die studentischen Sommerweltmeisterschaften 1933, Schweden seine Einladung für den nächstjährigen Kongreß und die Tschechoslowakei ihre Einladung für die studentischen Weltwinterspiele von 1933 zurück.

In diesem Geiste endigte der Kongreß. Es ist schwierig, über diese Vorgänge ein Urteil zu fällen. Handelte es sich um

Vorfälle, die lediglich jugendlichem Radikalismus zuzuschreiben sind? Wir wollen es hoffen. Hoffentlich liegen die Wurzeln nicht tiefer im zunehmenden jugendlichen Nationalismus und Chauvinismus in allen Ländern. Erstaunlich ist, daß es gerade die neutralen Länder sind, die sich zurückziehen wollen. Sicherlich haben sie ihre Rolle im internationalen Leben nicht erfaßt. Hoffentlich ist noch nicht das letzte Wort gesprochen. Es mutet etwas allzu jugendlich an, wenn Leute, die für die internationale Verständigung einstehen wollen, sich nach dem ersten mißlungenen Versuch zurückziehen. Zu ihrer Entschuldigung muß allerdings angeführt werden, daß das Verhalten des französischen Blocks unverständlich war. Sein Verharren auf dem *status quo*, ohne die geringste Bereitwilligkeit zu einer Konzession, mußte die Hoffnungen in eine zukünftige fruchtbare Zusammenarbeit erschüttern.

Die Situation ist sehr ernst, und es ist nur zu hoffen, daß es gelingen wird, durch direkte Verhandlungen zu einem Resultat zu kommen. Sollte dies nicht gelingen, so wäre das Ende der C. I. E. nahe.

Es wäre aber ungerecht, die vom Kongreß erledigte praktische Arbeit nicht zu erwähnen. Namentlich die Kommission für internationale Studienreisen und Studentenaustausche in London hat sowohl im vergangenen Jahr als auch am Kongreß gut gearbeitet. Es wurden mehrere interkontinentale Reisen organisiert. In Melk (Oesterreich) wurde ein internationales studentisches Ferienlager abgehalten. Die Sportkommission beschloß, die Studentenweltmeisterschaften, die turnusgemäß hätten im Jahre 1932 stattfinden sollen, infolge der Olympiade erst im Jahre 1933 durchzuführen. Die Spiele von 1935 werden sehr wahrscheinlich in England stattfinden.

Eine Resolution, die den Nationalverbänden eine intensive Propaganda für die Abrüstung empfahl, wurde einstimmig angenommen.

Die C. I. E. war auch im vergangenen Jahre in ständigem Kontakt mit der ständigen Kommission des Völkerbundes für geistige Zusammenarbeit.

Columbien, das sein Aufnahmegesuch gestellt hatte, wurde neu in den Verband aufgenommen. Der Kontakt der C. I. E. mit

den Studentenschaften der südamerikanischen Staaten wird erfreulicherweise immer enger, die Entwicklung von einem europäischen Verband zu einem die Erde umspannenden immer sichtbarer.

Eine unliebsame Diskussion über den Fall Moulin konnte zum Glück vorzeitig abgebrochen werden. Die belgische Studentenschaft beschwerte sich, die Gruppi Universitari Fascisti hätten auf das Interventionsgesuch der belgischen Studentenschaft im Falle Moulin in einem Tone geantwortet, der jeglichem internationalen Anstand Hohn spreche. Die Belgier brachten die Sache in einer so unglücklichen Form vor, daß sich die C. I. E. unmöglich mit dem Fall beschäftigen konnte und der unangenehmen Pflicht enthoben war, zu entscheiden, ob die Antwort der Gruppi Universitari sich in den Grenzen des internationalen Anstandes bewegt hatte.

Zu Beginn der Beratungen des Kongresses hatte die italienische Delegation eine Erklärung abgegeben, wonach die italienische Studentenschaft in Zukunft an keiner von der C. I. E. organisierten Sportveranstaltung mehr teilnehme, solange sich das Sportsekretariat in Frankreich befindet — ein Abglanz der hohen Politik!

Zum Präsidenten der C. I. E. für die zwei nächsten, gewiß nicht leichten Jahre wurde der Pole Poszariski gewählt. Der bisherige Präsident Saurin (Frankreich) wurde zum Président d'honneur und der bisherige 1. Vizepräsident, Dr. H. Boßhardt (Schweiz), zum Viceprésident d'honneur ernannt.

Es bleibt schließlich noch die vorzügliche Organisation des Kongresses durch die rumänische Studentenschaft und die herzliche Aufnahme, die die Kongreßteilnehmer in Rumänien fanden, zu erwähnen. Die Rumänen, Gastgeber par excellence, ließen es ihren Gästen an nichts fehlen. König Karol I empfing die Teilnehmer höchst persönlich in seinem prächtigen Schloß in Sinaia.

Exkursionen ans schwarze Meer, in die Salzbergwerke und auf die Petrolfelder Rumäniens unterbrachen die Kongreßarbeit aufs angenehmste. Erwähnt sei schließlich auch noch die

herzliche Aufnahme, die die schweizerische Delegation bei der schweizerischen Gesandtschaft in Bukarest und bei der Schweizerkolonie fand.

Max H. Schneebeli, iur.

VON DEN STUDENTISCHEN ARBEITSKOLONIEN.

Wer einmal in den Arbeitskolonien gearbeitet hat, ist voller Begeisterung. Kaum einer wird sie ungünstig beurteilen. Es scheint da etwas zu geben, was uns alle packt; auch die, die sich sonst im „Zürcher Student“ über jeglichen Mangel an Gemeinschaftsgefühl beklagen. Dieses wunderbare Etwas macht auch nicht Halt vor den Schranken der Nationen und Rassen, es erfaßt alle, vom Inder bis zum Schottländer, vom Russen bis zum Mexikaner. Durch die gleiche und gemeinsame Arbeit und die ganz gleichen Lebensbedingungen entsteht eine wirkliche Gemeinschaft, wie sie uns sonst durch die verschiedenartigen Lebensgewohnheiten verunmöglich wird. Ihre Grundlagen sind die gleiche und gemeinsame Arbeit und die für jeden ganz gleichen Lebensverhältnisse. Die Individualisten sind plötzlich einmal ihrem Bekanntenkreis, ihren Gewohnheiten, ihren Verpflichtungen entrissen. Die Lebensführung richtet sich nicht mehr nach dem Geldbeutel des einzelnen. Jeder steht als arbeitendes, gleichberechtigtes Glied einer Gemeinschaft da, die ihm Arbeits-, Eß- und Schlafplatz gewährt. Leute, die sich sonst kaum miteinander vertrügen, leben friedlich nebeneinander, kommen sich sogar menschlich näher, nur weil sie Tag für Tag zusammen Pickel und Schaufel schwingen und Nachts einer wie der andere mit einem Strohsack vorlieb nehmen müssen.

So sind schon einmal rein äußerlich (was schon viel heißen will) die Vorbedingungen für ein Gemeinschaftsleben geschaffen. Dazu braucht man sich nur die 50 Studenten vorzustellen, die auf sich angewiesen auf irgendeiner Alp hausen. Abgesehen von der technischen Leitung regiert sich die Kolonie vollkommen selbst. Aus der eigenen Mitte wird der Obmann gewählt. Er sorgt für alles, ist Vorarbeiter und Landsgemeindepräsident, Festorganisator und Auskunftsgebäude. Er hat für Hygiene zu

sorgen und dafür, daß es zwischen Großstadt Mensch und Bergbauer nicht zu Differenzen kommt. Nur eines gibt es in den Kolonien nicht: das Nörgeln. Reklamieren kann man schon, aber da man ja selbständig ist, verpflichtet man sich damit zugleich, einen Vorschlag zur Behebung des Übels zu machen und diesen nach Zustimmung der übrigen durchzuführen. So braucht hier der Unzufriedene, der Neuerer nicht zum Negativisten zu werden. Seine Unzufriedenheit wandelt sich in nützliche, positive Arbeit für die Gemeinschaft.

Das alles wäre schon ohne gemeinsame ideelle Basis möglich. Aber in den Kolonien steckt noch mehr als dieser Korpsgeist, der schließlich in jeder Rekrutenschule und Gymnasialklasse zu finden ist. Die Bergbauern haben uns dieses „Mehr“ noch jedes Jahr mit Wort und Tat bestätigt. Sie finden es aller Achtung wert, daß aus allen Teilen der Schweiz und gar noch aus dem Auslande Studenten kommen, um ihnen in ihrer bedrängten Lage zu helfen und so „für gar nüt z'schaffe“. Sie sehen und achten es, daß wir selbst jedes Jahr die großen Vorarbeiten leisten, die nötig sind, damit ein paar Hundert Studenten während der Sommermonate in den Bergen arbeiten und leben können. Daß wir selbst, um die Durchführung sicherzustellen, pro Semester einen Franken zahlen wollen, macht ihnen mehr Eindruck, als unseren Universitätsbehörden. Was der Bergbauer in seiner Haltung oder seinem Gespräch zum Ausdruck bringt, fühlt auch der arbeitende Student selbst. Wenn er sieht, daß die Arbeit viel rascher fortschreitet, als Ingenieur und Dorfleute seinen ungeübten Kräften zugetraut hätten, wenn das Werk von Tag zu Tag wächst und er schließlich auf der eigenen Straße zu Tal geht, dann fühlt er stolz, daß er hier einmal nicht nur genommen, sondern auch gegeben hat. Hier kann er, der vom übrigen Volke so oft als grüner und grauer Theoretiker geschmäht wird, seinen Willen und seine Fähigkeit zur positiven, gemeinschaftsfördernden Arbeit auf populäre Art zeigen. Das alles fühlt er weniger als Individuum, das fühlt er als Student, als Akademiker. Er empfindet Kraft und Selbstbewußtsein, denn er hat gezeigt, daß er alle Bequemlichkeiten von sich werfen kann und außer geistiger auch körperliche Arbeit zu leisten im Stande ist. Bei

allem wird er aber bescheiden, wenn er sieht, wie der Bergbauer um seine Existenz ringen muß. Beschämt begreift er, wie gut es ihm eigentlich geht. Dadurch wird wirklich die Kluft zwischen den Ständen überbrückt. Bauer und Student kommen in Kontakt. Nur so ist es zu verstehen, daß ein Faulenzer in einer Kolonie ganz von selbst unmöglich wird.

Zum dritten Male habe ich dieses Jahr eine Arbeitskolonie mitgemacht und mit jedem Jahre sind sie mir lieber und wertvoller geworden. Wenn ich so daran denke, wie wir nur in der Hose arbeiteten, die Pickel und Schaufeln klirrten, dort ihrer vier einen Felsblock aus dem tiefen Straßeneinschnitt wälzten, vor uns die Mischabelhörner, darüber der blaue Himmel. Morgen wird wieder um 5 Uhr der Obmann pfeifen und wieder geht es an die gemeinsame Arbeit.

Klaus Meyer, phil. II.

STUDENTENLAGER IN VAUMARCUS.

Vom 19.—25. August trafen sich ein halbes Hundert Studenten der ganzen Schweiz auf Einladung der nationalen Vereinigung christlicher Studenten in dem schön gelegenen Lager von Vaumarcus am Neuenburgersee. Aus verschiedenartiger, weiter Perspektive sollte das Problem: Christentum und politische Verantwortung gelöst werden, ausgehend von der gegenwärtigen Schwierigkeit, eine verantwortungsvolle weltanschauliche Haltung inmitten des Parteien- und Interessenlebens der Politik einzunehmen. Dies wurde neben dem freundschaftlichen Lagerleben zum besondern, seltenen Wert der Veranstaltung: es wurde aus lebendigen, geistigen, häufig religiösen Überzeugungen über die bestehende Staatsordnung diskutiert, losgelöst von aller persönlichen und parteilichen Begrenzung. Auf die folgerichtigste Art wurde versucht, politische Fragen fruchtbar zu beantworten.

Eine gutbesuchte Zusammenkunft des christlichen Weltbundes unter der Leitung des Generalsekretärs, Herrn Hen-riod, war in höchster Spannung und Intensität zu Ende gegangen, als die schweizerischen Gruppen sich einfanden. Sie konn-

ten einen starken Impuls von der vorangehenden Tagung übernehmen. Bemerkenswert war schon dort, wie die Lage aller europäischen und außereuropäischen Nationen gleichartig ist, und der Wunsch nach einer neuerfüllten Ordnung oder einem „Reich“ übereinstimmend bis zur leidenschaftlichen Sehnsucht besteht. Von dieser Grundhaltung konnte der Leiter des nationalen Lagers, der zürcherische Studentenberater Dr. Schmidhauser, ausgehen, in dessen Bann man nach kurzer Zeit stand. Er unternahm es, die erwähnte Hauptfrage — die mehr Ausgangspunkt als Programm bildete — zu beantworten. Er ging vorerst nicht auf die reale Lage ein, in der richtigen Erkenntnis, daß die gegebene Lage die Folge geistiger Vorstellungen ist und nur durch die letztern beeinflußt werden kann. Er führte vielmehr in großartiger Synthese einen neuen Bau auf, der im besten Sinn ideal zu nennen war. Es war ein umfassender philosophischer Versuch, jeder Erscheinung und jedem Wesen einen bestimmten Sinn zuzuschreiben — auch im politischen Leben — und den scheinbaren Zwiespalt der Schöpfung auf eine ursprüngliche Einheit zurückzuführen. Dies war das Fundament für die Frage nach dem Verhältnis der drei Potenzen: der Religion, des Staates und der Kultur. Sie bildet den Mittelpunkt eines zweiten Vortrages. Er wurde durch die Überzeugung, daß eine christliche Lebensanschauung zu einer verantwortungsbewußten Haltung im politischen Leben auffordere, ins Konkrete gewendet. Die Entscheidung zu einem hierarchischen, ständischen Staatsaufbau rührte an politische Grundgedanken. Daran knüpfte ein Referat des Verfassers dieses (von der Redaktion gewünschten) Berichtes, der als Vertreter der politischen Gruppe „Neue Front“ sprach. Er wies auf die überparteiliche Haltung der „Neuen Front“. Sie möchte als „Ferment“ wirken und aus einer neuen Einstellung die besten geistigen Kräfte und Persönlichkeiten sammeln. Ihr schwebt eine genössische Gemeinschaft vor. In mehreren aktuellen politischen Fragen wurde die Stellungnahme dieser politischen Gruppe mitgeteilt. Die Anteilnahme an der Zürcher Bewegung zeigte die äußerst lebhafte Diskussion. Eine wohl-dokumentierte Darstellung des besondern Themas „Abrüstung“ gab Herr Professor Bovet aus Genf. Er setzte sich für eine

teilweise Abrüstung aus taktischen Gründen ein, während die Mehrheit, die in der Diskussion zum Wort kam, die vollständige Abrüstung wünschte. Dabei waren freilich die Meinungen über das Vorgehen in der Schweiz recht verschiedenartig, und die Ansicht, daß man mit entscheidenden Schritten zuwarten solle, überwog. Den Blick auf das Wirtschaftsleben lenkte in einem eindringlichen Referat Professor Reymond aus Neuenburg. Als tätiger Politiker trat er für den Staatssozialismus ein, indem er glaubte, daß die staatlichen Betriebe zuverlässiger und selbstloser arbeiten, als die privatwirtschaftlichen Unternehmen. Die Diskussion bot den Vorzug, diesmal einen gut unterrichteten Praktiker nach seiner Stellungnahme im einzelnen zu fragen. Damit hatten diese geistigen Auseinandersetzungen die ganze Stufenleiter der idealen politischen Haltung bis zum minutiosen praktischen Vorgehen durchlaufen.

Die häufig sehr bewegten Diskussionen zeigten zwar ein auffallend einheitliches Bild — bis auf den Föderalismus — in den Gesamtansichten der Welsch- und Deutschschweizer, aber es fehlte nicht an gegensätzlichen Äußerungen der einzelnen Gruppen. Einige zurückgebliebene ausländische Freunde hatten daran bedeutenden Anteil. Der unbedingte Wille, als einzelner die Verantwortung zu übernehmen und sein Bestes herzugeben, wie es schon im Lager in Vaumarcus zur Wirklichkeit geworden war, formte jedoch bald eine tiefe Gemeinschaft. Damit hatte das Lager bereits einen Schritt in die Realität getan und ließ auf die Erfüllung des kühnen Anfangs vertrauen. Die Teilnehmer werden dankbar mit dem Leiter und der veranstaltenden Organisation verbunden bleiben. **Eduard Fueter, math.**

FERIENKOLONIEN DER AKADEMISCHEN VINZENZKONFERENZ.

Aus dem gleichen Bewußtsein der Verbundenheit mit dem Volksganzen, aus dem heraus der studentische Hilfsdienst gewachsen ist, sind auch die beiden Ferienlager der (katholischen) akademischen Vinzenzkonferenz in Bisisthal (Schwyz) und Kaiserstuhl-Bürglen (Obwalden) entstanden. Galt es dort, den

Bergbauern die Schäden verbessern zu helfen, die blinde Naturgewalten verursacht hatten, so hier wenigstens teilweise gutzumachen, was der Unverstand der Menschen und die wirtschaftliche Not an unsrern Stadtkindern versündigt. Und auch hier ist der Geist, der zum Erfolg führt, mindestens so wertvoll wie dieser selber, wichtig, daß überhaupt geholfen wird.

Leicht war es nicht für den angehenden Juristen, Mediziner oder Ingenieur, in einer nach dem Prinzip der körperlichen oder geistigen Bedürftigkeit ausgewählten Bubenschar Lehrer und Erzieher zu ersetzen, auch wenn guter Wille und Einfühlungsvermögen an Stelle von Schulung und Erfahrung treten können. Denn Verantwortung und Aufgabe sind schwer, gilt es doch, nicht nur für gute Kost und gesunde Beschäftigung zu sorgen, sondern auch, diesen Kindern, die vielfach nicht wissen, was eine Familie ist, weil sie Armut, Wohnungsnot, Trunksucht oder die kommunistische Überzeugung ihrer Eltern zerstört hat, durch die Tat zu beweisen, daß „Gott“, „Gemeinschaft“, „Liebe“ nicht nur leere Begriffe, Hunger und Klassenkaß daher nicht die einzigen Triebkräfte des Menschen sind.

Was unsere 40 Ferienkinder nach vierwöchigem Aufenthalt in den Bergen heimbrachten, war, außer der Erinnerung an frohe Spiele und Wettkämpfe, an Bergtouren und kleine Feste, das mehr oder weniger bestimmte Gefühl, daß jeder ein Glied eines größeren Ganzen sei, von dem er alles, was er ihm sich unterordnend gibt, doppelt zurückerhält... und nicht zuletzt der Gedanke, daß ein Student nicht notwendig der blasierte Vertreter einer privilegierten Klasse ist, sondern ein älterer Freund, der für sie das nötige Geld zusammengebettelt und dann mit ihnen aus den gleichen Blechtellern gegessen und auf den gleichen primitiven Strohsäcken geschlafen hat.

Den Studenten, die als Kolonieleiter einen Teil ihrer Ferien opferten, war die Frucht ihrer Arbeit das Bewußtsein, in Befolgung des ersten Christengebotes ein klein wenig zur Linderung der sozialen-geistigen und materiellen Not unserer Zeit beigetragen und die Befriedigung, nicht über Gemeinschaft geredet, sondern im Sinne der Gemeinschaft gehandelt zu haben.

S. Ruedin, iur.

„SCHWEIZERISCHER STUDENTENVEREIN“
IN ENGELBERG.

Plötzlich kommt wieder Leben ins stille Hochtal. Die letzten Gäste, die gelangweilt dem Saisonschluß entgegenharren, horchen erstaunt auf. Der schweizerische katholische Studentenverein will vom 23. bis 25. August in Engelberg seine alljährliche Generalversammlung abhalten. Und wirklich, noch spannt sich kaum der letzte Bogen von Haus zu Haus, fährt auch schon die erste Autokolonne vor, aus der Limmatstadt natürlich, stellt doch Zürich mit den fünf Verbindungen Turicia, Kyburger, Welfen, Lepontia und Romania dem Verbande wohl über 150 Aktive. Dann flutet es herbei, aus allen Gauen der Schweiz, aus dem Auslande. Die leeren Hotels füllen sich, das Kloster öffnet seine gastlichen Pforten. Beim offiziellen Einzug wetteifert ein Blumenregen mit dem unbarmherzigen Himmel, bis Petrus beschämt den Kampf aufgibt. Die Wolken teilen sich, als droben im Klosterhof der große Halbkreis sich formt, flankiert von den Reitern mit schmucken Standarten. Die Banner von über 40 Verbindungen senken sich grüßend der Zentralfahne entgegen.

Die nächsten Stunden sind dem frohen Wiedersehen geweiht. Sind sie doch alle wiedergekommen, die Basler, die Berner, die Genfer und St. Galler und all die Auslandverbindungen mit ihrem weißen Kreuz im Rot von Stürmer und Mützen, die von Löwen, von Freiburg und Innsbruck, die wackeren Münchner und die stets übermütigen Römer. Die alten Herren im Silberhaar wachen auf beim jugendfrischen Sang, tauschen ihre Erinnerungen, erzählen von vergangenen schönen Zeiten. Jetzt sind diese vorbei und die Jungen sind ernster geworden. Doch sie finden Verständnis und Vertrauen. Schon den ganzen Tag vor der festlichen Eröffnung hat der Ehrenmitgliederverband beraten. Viele schöne Erfolge waren da zu verzeichnen, besonders seitdem in einem ständigen und gut fundierten Zentralsekretariat all die Fragen, die die Studentenschaft von heute bewegen, eingehender geprüft und die gefaßten Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden können.

Wille zur fruchtbringenden Tat zeigen auch die wissenschaftlichen Sitzungen der folgenden Tage, auf denen vor allem aktuelle sozialpolitische Probleme behandelt werden. Da wogt es hin und her, Red' und Gegenrede. Junge Feuerköpfe verraten, was die Jugend bewegt, oft unklar noch, Sturm und Drang neuer Zeiten, oft schon Programm. Die Augen der alten Kämpfen leuchten dabei. Da und dort noch greift eine ruhige Stimme ein. Warnend? Kaum, nur abklärend, all die Ideen in fruchtbare Bahnen leitend. Die kommenden Aufgaben liegen ja in den Händen der Jungen, denen man langsam die Zügel übergeben darf, und bahnen sie sich auch neue Wege, so steht doch das Ziel klar vor ihnen. Überzeugung und Wille zur Tat geben hier den starken Impuls.

Der geschäftliche Teil bringt vor allem den Ausbau des Vereinsorganes „Schweizerischer Studentenverein“, wie auch Fragen des internationalen Verbandes „Pax Romana“. Das Stellenvermittlungsbureau verzeichnet immer schönere Erfolge. Studentenaustausch, bestehende und geplante Studentenheime, Unterstützungen, Arbeitsvermittlung, Vortagswesen, politische Schulungskurse, Ferienkolonien und Wanderungen sind alles Aufgaben, die von einem Verbande von 4500 Mitgliedern mit 1300 Aktiven gewiß erfolgreich durchgeführt werden können. Besondere Freude löst auch das Geschenk der Universität Freiburg an ihre Studentenschaft aus, das prächtige Sportstadion, das seinesgleichen in der ganzen Schweiz suchen dürfte.

Den Abschluß der Tagung bildet die Landsgemeinde droben auf der Gerschnialp. 269 Kandidaten werden nach der einjährigen Probezeit in den Verband aufgenommen. Rings gleißen die Alpen in herrlichem Neuschnee. Blauer Himmel spannt sich darüber. Die Banner bilden den Ring, in den die Jüngsten treten. Hier im Herzen der Heimat geloben sie Treue, empfangen das rot-weiß-grüne Band, und trutzig wie die Berge erschallt im mächtigen Chor das alte Bundeslied, heute wahrer denn je, hallt hinauf, schwingt sich von Fels zu Fels: „Den Riesenkampf mit dieser Zeit zu wagen....!“ **A. Lenzi, iur.**

FRANZ FASNACHT, cand. ing. †

Ganz zu Beginn der Semesterferien überraschte einen größern Kreis akademischer Freunde die schmerzliche Nachricht des Todes von Franz Fasnacht. Ein großzügiges, selbstloses Schicksal fand damit einen traurigen Abschluß. Franz Fasnacht war eines der unermüdlichsten, tatkräftigsten Mitglieder der studentischen Organisation. Als Präsidenten der Bibliothekskommission beider Hochschulen haben ihn Polytechnikum und Universität verloren. Er hatte mit besonderer Energie und Treue das Projekt eines gedruckten Kataloges der Bibliothekbestände verfochten. Er war durch dieses Amt und als zeitweiliger Obmann der studentischen Arbeitskolonien weit über den Kreis seiner Fachfreunde hinausgetreten und hatte auch dort durch seine vielfachen, wertvollen Eigenschaften nahe Freunde gefunden. Der ständige Verzicht, der Frühreifen eigen ist, machte ihn stets zu einem anteilnehmenden, gebenden Menschen. Sein Händedruck war mehr als die Freundschaftsversicherungen mancher andern wert. Leider zweifelte er in immer stärkerem Grade an der Gerechtigkeit und der Wahrheit menschlichen Geschehens, weil er in sich schon die Vorstellung einer festgefügten geistigen Ordnung hatte. Er trug darnach und nach Schönheit eine tiefe Sehnsucht in sich. Mit tiefstem Schmerz haben wir Abschied von ihm genommen. Möge seine Sehnsucht nun erfüllt und gestillt sein. E. F.

A. O. Z.

Das Akademische Orchester Zürich fordert musikfreudige Kommilitonen, die ein Streich- oder Blasinstrument spielen, zum Beitritt auf. Unser Orchester hat eine vieljährige Geschichte hinter sich; wenn auch sein Bestand stark schwankte, so blieb in den letzten Jahren das Ziel immer dasselbe: in ernsthaftem Studium uns erreichbare Orchesterwerke älterer und neuerer Musik kennen zu lernen. Daß es möglich war, im Laufe der letzten Jahre Beethoven'sche und Mozart'sche Sinfonien und Ouvertüren, Bach'sche Orchestersuiten und anderes mit

fast ausschließlich eigenen Mitteln zur Aufführung zu bringen, daß wir den Orchesterpart zu Bachs Weihnachtsoratorium, zu Mozarts B-dur-Messe und Purcells Tedeum in konzertmäßigen Aufführungen übernehmen konnten, beweist, was ein Studentenorchester leisten kann, wenn sich gute Spieler — deren es unter unserer Studentenschaft so viele gibt — zusammenfinden zur Pflege guter Musik.

Kommilitonen, die Ihr zu Hause Musik treibt, kommt auch zu uns! Je bessere Spieler sich zu uns gesellen, um so schönere Werke werden wir uns zu eigen machen können. Erschließt sich doch die Musik nur dem völlig, der sie sich selbst spielend erwirbt.

Der Bestand eines Studentenorchester ist naturgemäß starken Schwankungen unterworfen. Doch sollte es möglich sein, im kommenden Semester wieder ein schönes, spielfreudiges Ensemble zusammenzubringen, damit wir auch bei akademischen Anlässen, wie letztes Jahr bei der Jubiläumsfeier der E. T. H., wieder mit ganzen Leistungen vor die Öffentlichkeit treten können. Nur unter dieser Voraussetzung würde ich die Leitung des Orchesters noch beibehalten.

Wir beginnen unsere Proben Donnerstag, den 29. Oktober, mit einem Begrüßungsabend im Studentenheim, wozu wir musikliebende Studenten beider Hochschulen einladen. Ich werde dabei einige Worte über alte und neueste Musik sprechen, mit besonderer Berücksichtigung von Werken, die sich für das Studium mit einem Studentenorchester besonders eignen. Einige Mitglieder des Orchesters spielen Kammermusikwerke von Mozart.

Die Orchesterproben, die neben der musikalischen Beschäftigung auch einen freundschaftlichen Verkehr unter Kommilitonen aller Fakultäten ermöglichen, finden jeweils Montag, abends 8 $\frac{1}{4}$ Uhr, im Zimmer 19c der E. T. H. statt.

Der Dirigent des Akademischen Orchesters: **Paul Müller.**

Nachricht des Redaktors. Da Leistungsfähigkeit und Bedeutung eines Orchesters wesentlich vom Dirigenten abhängen, dem letzteren aber nicht zugemutet werden kann, für sich selbst Reklame zu machen, erlaube ich mir beizufügen, daß Paul Müller heute zu den bedeutendsten der jüngeren schweizerischen Komponisten gehört. Das A.O.Z. hat sich einen Leiter auserkoren, der uns als Musiker wie als Mensch zum Erlebnis wird, sei es, daß wir mit ihm musizieren oder ihn nur hören.

STUDENT SEIN UND STUDIEREN.

Dem ernsten Verbindungsstudenten liegt es heute mehr als je am Herzen, daß über das Verbindungswesen keine unbedachten und falschen Meinungen umlaufen. Denn gerade heute ist es dringende Forderung, daß es Studenten gibt und nicht nur junge Leute, die studieren. Wenn ich in diesem Aufsatz einteile und Grenzen ziehe, bin ich mir bewußt, daß diese, wie überall, nach beiden Seiten überschritten werden können. Davon aber, daß sie dadurch keineswegs unmotiviert und falsch seien, bin ich überzeugt.

Das Verbindungswesen hat wohl von allen Formen, die es je an sich hatte, etwas bewahrt, das eine stärker, das andere geringer. Im Bild des breiten Publikums, das ja immer Zerrbild ist, blieben naturgemäß nicht die Züge haften, die die Bedeutung des Verbindungswesens in so langer Zeit erklären, sondern die ihm selbst am meisten Eindruck machten: das frohe Leben, das Bier, die seichte Romantik (vide Kino). Traurig ist nur, wenn auch Akademiker dieses gedankenlose Urteil über ihre inkorporierten Kommilitonen nachreden. Wir bekennen uns zum frohen Leben, zur Romantik (darf man denn heute als Student überhaupt noch romantisch sich an einer Rheinfahrt freuen, wenn man nicht Verbindungsstudent ist?), wir bekennen uns sogar zum frohen Kommers (an studentischen Kommersen wurde schon manches Wichtige gesagt und begonnen). Aber es gibt tiefere Gründe, die mich, der ich Hals über Kopf in eine Verbindung eingetreten bin, und meinen Freund, der nach langem Zögern kam, und überhaupt fast jeden, der je gekommen ist, begeistert Verbindungsstudent sein lassen. Verbindung bedeutet Bindung, Freundschaft, Hilfe, Zucht, Verantwortung. Daß dieser Sinn der Verbindung nicht Statutentheorie und Redengeschwafel ist, sondern die gelebte Wirklichkeit, wird jeder Verbindungsstudent aus seinen Erfahrungen bezeugen können. Demgegenüber erscheint das vielbesprochene, trübe Bild des heutigen Studenten noch trüber: sein Einzelgängertum (auch wenn er mal etwas für die Studentenschaft tut), sein Überlegenheitsgefühl, sein Mangel an Bindung und Verantwortung (selbstverständlich, daß nicht alle

so sind; aber man möge jetzt nicht zurücknehmen wollen, was man selbst hundertmal konstatiert hat). Es ist nur natürlich, daß der Student als jugendlicher Intellektueller extrem individualistisch ist, und Überlegenheit, ja selbst Blasiertheit sind deshalb verzeihlich. Diese individualistische Haltung aber irgendwie aufzugeben, ist heute, im ungeheuren Zerfall, Notwendigkeit. Es ist nicht richtig, daß unsere Zeit Gemeinschaft sucht und will. Sie ist individualistischer gesinnt als je eine. Aber wir müssen uns zusammenschließen, wenn nicht alles zerfallen soll. Die Worte Gemeinschaft und Verantwortung müssen im Zentrum stehen.

Hier liegt der Sinn, der keineswegs ephemere und vor hundert Jahren ausgelebte Sinn der studentischen Korporation. Wir sind überzeugt — weil wir es immer wieder gesehen haben — daß es fast unmöglich ist, in einem Zirkel, der nicht durch farbenstudentische Disziplin gebunden ist, unter Studenten fruchtbar mit den beiden erwähnten Begriffen zu arbeiten. Dort immer Wechsel der Personen, der Ansichten, der Ziele, Zank, Zerfall, hier ebenfalls die ganze Mannigfaltigkeit verschiedener Menschen, lebendiger Meinungen, aber geschart um die immer gleiche Fahne, in Disziplin und Verantwortungsbewußtsein, den Hauptprinzipien farbenstudentischer Erziehung. So scheint uns noch immer die Verbindung die beste Form wahrhaft studentischen Zusammenschlusses und Wirkens. Eine Gruppe Studenten, die vor fünf Semestern in diesem Glauben sich zur Verbindung zusammenschlossen, um ihre — sehr modernen! — Ideen zu verarbeiten und dafür einzutreten, hat damit die besten Erfahrungen gemacht. Und manche undisziplinierten Zirkel sind seither zerfallen, wie sie aus dem Boden schossen.

Soviel mir an der Sache liegt, ich will mit Worten sparen, noch immer so optimistisch zu glauben, daß ein Aufsatz im „Zürcher Student“ den einen oder andern zum Nachdenken und Schauen anregt, auch wenn er bloß andeutet.

Wenn auch die ernste Seite des Verbindungswesens es nötiger hat, gezeigt zu werden, so soll doch auch gesagt sein, daß nicht nur in dieser Beziehung wir den alten Burschen, die vor hundert Jahren für Vaterland und Recht kämpften, Nach-

folger sein wollen, sondern auch in der studentischen Fröhlichkeit. Es kann sogar auch dies eine Aufgabe der Zeit genannt werden: frohe Kameradschaft junger Intellektueller (neben der ernsten), auch „Romantik“ in jenem Sinn des befreienden Lösens mancher Verkrampfung. Den Wert solcher Fröhlichkeit brauchen wir denen nicht zu dozieren, die selbst begeistert dem manchmal aufflammenden, heitern jugendlichen Sinn Wesentliches verdanken, und die das nicht kennen, werden mit Worten darüber wenig anzufangen wissen.

Es muß doch gesagt sein, daß der Verbindungsstudent naturgemäß das Leben auch des Wilden mitlebend erblickt, während dieser kaum je eine Ahnung dessen bekommt, was Verbindung heißt. Es heißt nicht: sinnloser Atavismus, schrankenloses Zechen, sondern Disziplin, Verantwortung, Fröhlichkeit, Sport des Körpers und des Geistes, wie es des jungen Akademikers würdig ist.

Fritz H. Wolgensinger, phil. I.

DIE ORGANISATION DER STUDENTENSCHAFT DER UNIVERSITÄT ZÜRICH.

Waren Sie schon an einer Sitzung des großen Studentenrates? Da müssen Sie einmal hingehen, sie ist öffentlich.

Es ist unerhört, wie dort gewurstelt wird! Daß es etwas lärmend zugeht, darf man wohl nicht beanstanden, ist das doch in manchem besseren Parlament der Fall, aber die Art und Weise der Behandlung der Geschäfte läßt viel zu wünschen übrig.

Es wird geredet und beschlossen, aber nicht gehandelt.

Es fehlt an der Einheitlichkeit, an der Zusammenarbeit. Es wird nichts geleistet.

Es sind viele Geister da, aber es mangelt der Geist. Sonst könnte es nicht vorkommen, daß der große Studentenrat in einer Sitzung beschließt, er wolle sich über eine klare Bestimmung der Statuten (die vom Senatsausschuß gebilligt werden mußten) ausdrücklich hinwegsetzen, um einen Antrag durchzubringen, der, hätte man ihn statutengemäß

(nämlich im Wortlaut, mit der Einladung zur Sitzung) bekannt gegeben, vielleicht ein anderes Schicksal erlitten hätte.

Der skandalöse Vorfall trug sich zu in der letzten Sitzung des großen Studentenrates, und dieses Verhalten wurde damit begründet, daß man nicht Paragraphen reiten wolle! (Meiner Ansicht nach hätte der Vorsitzende einen derartigen, rechtswidrigen Antrag gar nicht zur Abstimmung bringen dürfen.)

Man lese das alles nach im Protokoll, das am schwarzen Brett angeschlagen sein soll und das die Namen derjenigen enthält, die für ordnungswidriges Verhalten stimmten; dort ist auch zu lesen, daß den verantwortlichen Organen des großen Studentenrates eine scharfe Rüge für ihre Führung der Geschäfte erteilt werden mußte.

Solche Ereignisse in einer studentischen Behörde lassen erkennen, daß nicht alles zum besten steht und daß die Studentenschaft zusehen soll, wen sie in Zukunft mit der Leitung ihrer Angelegenheiten betrauen will. Die Wahl der Mitglieder soll nicht, wie dies bisher möglich war, durch Protektion erfolgen, sondern es sollen Leute berufen werden, die etwas können; sie sollen aber auch Freude haben an ihrer Arbeit, und diese muß wieder im Sinne des Wortes ein Ehrenamt sein und nicht als lästige moralische Pflicht empfunden werden.

Sie werden fragen: Was berührt uns das?

Wer ist der große Studentenrat und was tut er; wie ist überhaupt die Studentenschaft der Universität organisiert und ist es gut so?

Z u e i n s.

Das berührt Sie sehr viel, denn auch an Ihnen, ältere Semester, liegt es, daß es heute so ist, wie es ist, und auch an Ihnen, Neuimmatrikulierten, liegt es, wenn dem so bleibt.

Es liegt nicht so sehr an unserem **Wollen** oder **Nicht-wollen** als an unserem **Sein**. Bevor wir uns sagen, die Schweiz habe einen neuen Mythos nötig, sollten wir uns selbst abwenden von dem unheilbringenden Geist, der unter uns sein Unwesen treibt, der uns, die sogenannten modernen Willens- und Tatmenschen, zu Egoisten reinsten Wassers, zu Einzelstrebern und Gemeinschaftsgenießern werden läßt; ich meine den übertriebenen modernen Geist.

Das Wort „moderne“ Jugend hat für viele einen unangenehmen Beigeschmack. Wir sind belastet mit einer verjazzten und veräußerlichten Kindheit und Jugendzeit, in deren Folge sich die heutige Generation ganz typischerweise wieder dem ungesund-Sentimentalen zuwendet. Und wenn hier nicht jeder einzelne bei sich selbst steuert und sich besinnt (so banal es klingen mag, weil oft gefordert) und sich klar macht, was er soll, was seine Pflicht ist dem Ganzen gegenüber, im Interesse einer größeren Einheit, um dann konsequent nach seiner Erkenntnis zu handeln, dann versumpfen wir weiter, und von der untergegangenen Universitas wollen wir nicht mehr reden.

Es sind nicht nur materielle Gründe, die die Weltkrise bedingen, ebenso stark sind es diese psychologischen Faktoren, mögen sie eine Folge des Krieges sein oder sich anders erklären lassen; Tatsache ist, daß sie existieren und das moralische Niveau der Welt herabdrücken. Und bevor nicht dieses wieder gehoben wird, bevor nicht jeder einzelne von uns sein individuelles Niveau zu verbessern bestrebt ist, gibt es meiner Ansicht nach keine Blüte mehr, weder in der Wirtschaft noch in der Ethik. Dies nebenbei.

Z u z w e i.

Am besten wäre es, jeder Studierende erhielte bei seiner Immatrikulation die nötigen Unterlagen gratis, damit er sich über diese Dinge informieren kann*. Diese liegen heute so:

Alle immatrikulierten Studenten bilden zusammen die Gesamtschafft, welche in die einzelnen Fakultäten zerfällt. Sie gibt ihren Willen durch die sogenannte Urabstimmung kund und zwar mittels der Urne über jeden Gegenstand. Diese Urabstimmung findet statt, wenn ein Zehntel der immatrikulierten Studierenden oder ein Viertel des grossen Studentenrates (G. St. R.) es verlangt, oder auch auf Veranlassung des kleinen Studentenrates.

Die Fakultäten geben ihren Willen kund in der Fakultätsversammlung, einer Versammlung aller an einer Fakultät Studierenden. Sie tritt jedes Semester mindestens einmal zu-

* Statuten und Reglemente der Studentenschaft können von jedem Kommilitonen gratis im Sekretariat der Studentenschaft bezogen werden. (Red.)

sammen und ist auf das Begehr von einem Zehntel der an der Fakultät Studierenden einzuberufen. Sie hat zu beschließen über Anträge des Fakultäts-Ausschusses oder einzelner Studierender und befindet über Beschlüsse des Fakultäts-Ausschusses, gegen die das Referendum ergriffen wurde.

Der genannte Fakultäts-Ausschuß besteht aus je einem Vertreter auf 40 Studierende, wenigstens aber aus drei Personen, von denen mindestens zwei Drittels Schweizer sein müssen. Er wird für das kommende Semester je am Ende des vergangenen gewählt. Er besorgt die allgemeinen studentischen Angelegenheiten, soweit sie nicht der Selbstverwaltung der Studentenschaft übertragen sind, und tritt mindestens einmal im Semester zusammen.

Der große Studentenrat besteht aus sämtlichen Mitgliedern aller Fakultäts-Ausschüsse, heute zirka 40 Mitgliedern. Er soll die Interessen der Gesamtstudentenschaft wahren, sowie die Aufsicht führen über die Tätigkeit von K. St. R. (Kleinem Studentenrat) und Kommissionen (die er beide wählt, den K. St. R. aus seiner Mitte, die Kommissionen aus der Gesamtstudentenschaft) und Beschuß fassen über Petitionen der Studierenden (die jeden Gegenstand betreffen können).

Der kleine Studentenrat besteht aus fünf Mitgliedern; sein Präsident, der ebenfalls durch den G. St. R. bezeichnet wird, nennt sich Präsident der Studentenschaft der Universität Zürich. Er vertritt diese, als Vertreter des G. St. R., nach außen, den K. St. R. gegenüber dem G. St. R. und den G. St. R. gegenüber den Universitätsbehörden. Der K. St. R. vertritt die Studentenschaft bei allen öffentlichen Angelegenheiten der Universität und ist u. a. besorgt um die Schaffung und den Betrieb von Einrichtungen und Veranstaltungen zur Förderung des Studiums und studentischen Lebens.

Kommissionen bestehen zurzeit folgende:

Die Vortrags-, Lesesaal-, Vergünstigungs- und Zentralstellekommission. Für Sonderaufgaben, wie die Feste der Studentenschaft, werden eigene Se-Schlu-Ba- (Semesterschlußball) und So-Na-Fe- (Sommernachtsfest) -Komitees bestimmt. Ge-

meinsam mit den Studierenden an der E. T. H. wird die Bibliothekskommission und die Redaktionskommission bestellt.

Es hat sich nun gezeigt, daß die Organisation der Verwaltung der Studentenschaft, so wie sie heute existiert, nicht zu wahrer, positiver Arbeit fähig ist, daß insbesondere der große Studentenrat die in ihn gesetzten Erwartungen bei weitem nicht zu erfüllen vermochte. Aus diesem Grunde sind im vorletzten Sommersemester auf Initiative des damaligen Präsidenten des G. St. R. Reformbestrebungen aufgetreten, die zu einem praktischen Ergebnis, nämlich zu einem Entwurf über die Reorganisation der Studentenschaft an der Universität, führten, worüber bei späterer Gelegenheit noch einiges zu sagen sein wird; ja es kam sogar so weit, daß der G. St. R. darüber redete, er blieb aber zu Ende jenes Semesters in einer verworrenen Debatte stecken, die nachher nicht mehr weitergeführt wurde.

Es gilt nun, diese Angelegenheit endlich ins reine zu bringen, damit Ordnung herrscht und damit etwas geleistet wird und wir zur Zeit der Jahrhundertfeier der Universität (1933) eine wohlorganisierte und feststehende Studentenschaft bilden, die ihrem Willen nach außen Geltung verschaffen können wird und nicht mehr wie heute total abhängig ist von den Intentionen der oberen Instanzen.

Um dieses Ziel erreichbar werden zu lassen, sollen diejenigen, die es können und die Freude an einer organisatorischen Arbeit und an einer verantwortungsvollen Arbeit haben, sich zur Verfügung stellen, wenn sie berufen werden und nicht in verschämter Bescheidenheit dahintenbleiben. Denn, wenn wir immer in der traditionellen Weise weiterwirtschaften, bleiben wir dauernd unfähig zur Arbeit und zur produktiven Leistung.

Geraade wir in Zürich sollten uns das etwas hinter die Ohren schreiben!

W. Steinbrüchel, iur.

Nachschrift der Redaktion. Ein weiterer Beitrag zu diesem Thema, der über den im Sommersemester 1930 vom damaligen Präsidenten des K.St.R. Werner Niederer unter Mitwirkung von Prof. A. Egger ausgearbeiteten Reorganisationsentwurf berichtet, soll in der nächsten Nummer erscheinen.

FREISINN UND GEMEINSCHAFT.

Vorbemerkung der Redaktion. In der Juni-Nummer des vergangenen Sommersemesters versucht die Redaktion eine kleine politische Anthologie unserer Generation zu geben. Kommilitonen aus den verschiedensten Parteien bemühten sich, die charakteristische Einstellung der jungen Akademiker zu den politischen und sozialen Problemen der Gegenwart, insbesondere zur Wirtschaft, zu klären. In diesen Aufsätzen, vor allem auch in einem „Manifest der Korporativen“ der „Neuen Front“ wurde u. a. auch der Liberalismus scharf angegriffen, so daß selbst die große „Neue Zürcher Zeitung“ es der Mühe wert fand, sich in zwei Leitartikeln (Nrn. 1360 und 1537) mit den im „Z. St.“ erschienenen Äußerungen auseinanderzusetzen. Daß weitere Repliken auch bei der Redaktion des „Z. St.“ einlaufen würden, war zu erwarten. Sie konnten jedoch wegen Raumangels während des Sommersemesters nicht mehr publiziert werden. Trotz der Mängel, die die Fortsetzung einer so lange unterbrochenen Diskussion mit sich bringt, soll durch die Aufnahme des nachstehenden Aufsatzes wenigstens einem Vertreter des angegriffenen Kreises die Möglichkeit der Verteidigung gewahrt werden. Damit will der „Z. St.“ keineswegs parteipolitischer Auseinandersetzung, noch gar der Wahlpropaganda dienen, der in diesen Tagen so viel Zeitungspapier geopfert wird.

In unserer grundsatzlosen und schlagwortreichen Zeit läßt sich immer deutlicher und immer stärker der Ruf nach politischer Erneuerung vernehmen. Vor allem ist es die Jugend, die energisch eine Regeneration des öffentlichen Lebens anstrebt. Die Wege, die dabei beschritten werden, mögen noch so grundverschieden sein; im Ziel sind sich alle einig. Es hieße denn auch blind sein, wollte man bestreiten, daß unsere schweizerische Politik immer mehr zu einer kleinlichen Interessenpolitik der einzelnen Gruppen und Grüppchen ausartet, daß die Grundsätzlichkeit sehr oft dem charakterlosen Opportunismus weichen muß, daß die Zersplitterung immer stärker überhand nimmt und leitende Gedanken und große Ziele nur noch ganz selten in den Vordergrund treten. Diese Tatsachen stehen fest. Darüber scheint mir eine Diskussion überflüssig zu sein. Die Heilmittel, die dem kranken Staat und der noch kränkeren Wirtschaft empfohlen werden, sind aber ganz verschiedener Art. Von der äußersten Linken her ertönt der Ruf nach russischen Methoden, die Sozialisten verlangen eine kollektivistische Planwirtschaft und die Konservativen sehen in der berufsständischen Gestaltung die einzige Möglichkeit, Staat und Wirtschaft in ein harmonisches Verhältnis zu bringen. Da der Sozialismus theoretisch längst widerlegt wurde und die sozialistischen Experimente überall gründlich Fiasko gemacht haben,

kann man ruhig auf eine Auseinandersetzung mit dem Marxismus verzichten. Anregender und interessanter scheint mir die Diskussion mit den Freunden der korporativen Staatsauffassung zu sein. Nachdem in der vorletzten Nummer des „Zürcher Student“ mehrere Vertreter der „Neuen Front“, die den Korporationenstaat anstrebt, zu Worte kamen, und die IV. Freisinnige Akademikertagung sich eingehend mit dem Problem befaßte, möchte ich mich als freisinniger Student, der sich zum Liberalismus bekennt und sich mit Begeisterung hinter die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz stellt, zu der Frage äußern.

I.

Durch alle Artikel in der vorletzten Nummer und durch alle Diskussionsvoten, die wir in Solothurn hörten, ertönte der Ruf nach Gemeinschaft. Ein neuer Begriff der Volkssolidarität soll entstehen. Es ist kein Wunder, daß alle die unklaren und oft verworrenen Ideen immer mächtiger in dem einen Ziel Gemeinschaft zusammenklingen. Schlecht, ganz schlecht müßte es um unsere Jugend bestellt sein, wenn sie nicht erkennen würde, daß der Gemeinsinn unserem öffentlichen Leben fehlt, daß wir mit einer beinahe fatalistischen Sicherheit einer politischen Zersplitterung entgegentreiben, die letzten Endes den Bestand der Schweiz gefährden müßte. Dem gilt es mit aller Kraft zu wehren. Dazu ist vor allem die Jugend berufen. Sie, als die Fahnenträgerin einer neuen Zeit, ist allein imstande, unserem Volksstaate wieder Gehalt und inneren Wert zu geben, ihn aus der Tiefe der Schlagwortpsychose herauszu ziehen. Heute ist es ein dringendes Gebot der Stunde, daß den auseinanderstrebenden Kräften Halt geboten wird und man sie wieder in den Dienst einer großen Idee stellt. Diese Idee heißt Gemeinschaft. Der Gemeinsinn der Bürger, die Grundfeste der Demokratie, ist heute verschwunden. In abgegriffenen Schlagworten lebt er freilich noch weiter. In der praktischen Politik aber ist zum großen Teil an ihre Stelle der krämerhafte Interessenstandpunkt einzelner Schichten und Berufsgruppen getreten. Eine schweizerische Politik ist eine Unmöglichkeit geworden. Ja, wie sollte überhaupt ein gesamtschweizerischer Standpunkt geltend gemacht werden können, wo extre-

mer Föderalismus und engherzigster Lokalpatriotismus, Selbstsucht und Eigennutz tonangebend geworden sind? Beweise für diese Behauptungen brauchen nicht erbracht zu werden; wer sie trotzdem haben will, studiere die Geschäftsberichts- und Budgetdebatten unserer Bundesversammlung oder die bald zum ständigen Traktandum vorrückenden Diskussionen über die Krise in der Landwirtschaft. Mit der Zeit würde so die Demokratie zum Schacherobjekt der nur auf den eigenen Vorteil bedachten einzelnen Gruppen. Um diesen zersetzenden Tendenzen entgegenzutreten, braucht es jedoch keine neue politische Partei; denn es ist nicht grundsätzlich Neues, das hier als Heilmittel vorgeschlagen wird, sondern eigentlich etwas recht Altes. Was uns not tut, ist eine Rückkehr zu den liberalen Prinzipien des vergangenen Jahrhunderts. Je und je hat der Liberalismus die Gemeinschaft in den Vordergrund gestellt. In ihr aber soll der einzelne seine Kräfte frei entfalten können. Nur die starken Persönlichkeiten garantieren uns eine aktive, lebendige Gemeinschaft. Die Freiheit darf nicht eine schrankenlos anarchische sein; sie muß notwendigerweise an den höchsten Interessen der Gesamtheit ihre Grenzen finden. Sie ist aber nötig; denn ein geknechtetes, unterdrücktes Volk, oder aber auch nur eine kollektiv geleitete Körperschaft sind niemals imstande, große Aufgaben zu lösen, weil es ihnen an wahren Führern gebreicht. So wollen wir Liberale denn nicht Gemeinschaft statt Freiheit, sondern Gemeinschaft und Freiheit. Die Gemeinschaft ist unser Ziel; die Freiheit des einzelnen aber der Weg, um es zu erreichen. Eine Zwangsorganisation mit hierarchischer Eingliederung der einzelnen Volksschicht ist keine Gemeinschaft, höchstens eine dumpfe Masse, die sich willenlos und tatenlos leiten läßt. Das Höchste und Schönste der Gemeinschaft, der Gemeinsinn der Bürger, müßte ihr fehlen, handle es sich nun um eine sozialistische Wirtschaft oder um den berufsständischen Staat. Der letztere ließe sich nur mit Hilfe der Gewalt aufrechterhalten. Gewiß würde dadurch eine äußerlich enge Gemeinschaft erreicht, die freie Geistesgemeinschaft wäre aber nach wie vor ein fernes Ziel. Die heterogenen Interessen der einzelnen Teile dieses korporativen Staatsgebildes ließen sich höchstens temporär unterdrücken;

früher oder später aber müßten sie um so wuchtiger und heftiger zur Geltung kommen. Eine solche Gemeinschaft müssen wir Liberalen ablehnen. An der Spitze unserer Ideale steht das Wohl der Gesamtheit; aber die wirkliche Volksgemeinschaft ist und bleibt für uns eine Gemeinschaft der Gesinnung. Diese entsteht niemals durch technische und organisatorische Maßnahmen, sondern nur durch das einmütige Bekenntnis zu einer Weltanschauung.

Wenn die Vertreter der korporativen Ideen diese Gesinnungsgemeinschaft im Staate anstreben, haben sie noch keine neue, weltumstürzende Zielsetzung gefunden, die den liberalen Gedankengängen fremd wäre. Es ist falsch und riecht fast ein bißchen nach Unterschiebung, wenn hie und da keck behauptet wird, der Liberalismus habe das Individuum zum alleinigen Idol erhoben. Mit solchen leichtfertig erhobenen Behauptungen beweist man nur, daß man vom Liberalismus nichts versteht. Gewiß konnte das zutreffen für den manchesterlichen Individualismus; heute aber ist der letzte Liberale der Überzeugung, daß an erster Stelle die Gesamtheit steht. So vertritt die „Neue Front“ nichts anderes als alte liberale Grundsätze, wenn sie wieder den Gemeinsinn der Bürger zum leitenden Prinzip unseres demokratischen Staatswesens machen will. Der größtmögliche Wohlstand aller Volksschichten ist das vornehmste Ziel unserer freisinnig-demokratischen Partei. Nicht umsonst ist es im neuen Parteiprogramm an erster Stelle genannt. Auch den vielen Nörglern und Kritikern der freisinnigen Politik dürfte es schwer fallen, den Beweis zu erbringen, daß die Schweizerische freisinnig-demokratische Partei nicht stets bestrebt war, die Interessen der Gesamtheit den Vorteilen einzelner Gruppen voranzustellen. Daß sie gelegentlich auf diesem Wege einen schweren Stand hatte, soll nicht bestritten werden. Der schweizerische Freisinn wird deshalb alle Bestrebungen der Jugend, die Gesamtheit wieder an die erste Stelle zu setzen im öffentlichen Leben, um so freudiger begrüßen. Wenn die „Neue Front“ wieder nach der umfassenden schweizerischen Volksgemeinschaft rufen will, wird sie im schweizerischen Freisinn den treuesten Bundesgenossen finden.

Die Freunde des korporativen Staates wünschen die Er-

hebung der Berufsverbände zu öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Für alle Angehörigen ihrer Gruppen sollen sie verbindliche Beschlüsse fassen können. An die Spitze des Ganzen würde ein Wirtschaftsrat gestellt, dem die oberste Entscheidung vorbehalten bliebe. Mit dieser neuen Ordnung soll der Staat von der Wirtschaft befreit und die Wirtschaft entpolitisirt werden. Das Mittel, das für diesen in unserer Zeit sehr erstrebenswerten Zweck angewendet werden möchte, müssen wir aber als untauglich und gefährlich ablehnen. Was die „Neue Front“ und nun neuerdings auch die Schweizerische konservative Volkspartei vorschlagen, führt zwangsläufig zurück zur autoritären Reglementierung und Regulierung der Wirtschaft im mittelalterlichen Zunftstaat. Abzulehnen ist die korporative Ordnung aber nicht nur deshalb. Man mag noch so sehr ihre demokratische Grundlage betonen: Einigermaßen befriedigend ließe sie sich nur in einer Diktatur verwirklichen, d. h. in einem Staate, wo nicht durch Mehrheitsbeschlüsse, sondern durch einen einzelnen der Staatswille gebildet wird. Für eine Demokratie aber kommt der korporative Staat nicht in Frage. Er würde nicht zur Organisation und zur vielgerühmten Planwirtschaft, nicht zur Gemeinschaft und zur Solidarität aller Berufsschichten führen, sondern zu einer rücksichtslosen Verfolgung der eigenen, nur materiellen Interessen.

Verwunderlich ist es nicht, daß in der Zeit der größten Wirtschaftskrise des entfalteten Hochkapitalismus der Ruf nach einer von oben geleiteten Wirtschaft ertönt. Man über sieht dabei nur, daß die heutige Wirtschaft längst nicht mehr frei ist und daß gerade durch die Einmischung des Staates in vielen Fällen Fehler begangen wurden. Allerdings will auch der Freisinn nicht eine schrankenlose Freiheit in der Wirtschaft; die Planwirtschaft aber lehnt er ab; denn heute noch ist er der Auffassung, daß die Wirtschaft dann am besten funktioniert, wenn wir dem einzelnen Unternehmer soviel Freiheit lassen, als es ohne Nachteil für die gesamte Volkswirtschaft möglich ist. Nur ein starkes, tüchtiges Unternehmertum, nur die Persönlichkeit verbürgt letzten Endes auch in der Wirtschaft den Erfolg. Nicht von oben, vom Staate, sondern von unten, von der einzelnen Unternehmung her, muß die wirtschaftliche Ge-

sundung ihren Anfang nehmen. Nur die in ihrem Kern gesunden Einzelzellen vermögen dem Wirtschaftskörper eines ganzen Volkes wieder Kraft zu verleihen. Dasselbe glaubt ja offenbar auch die „Neue Front“, schrieb sie doch in ihrem „Manifest der Korporativen“: „... denn jedes Stück Individualwirtschaft ist ein Stück Volkswirtschaft“. Nun möchte aber die „Neue Front“ eine Art Unternehmer-Ethos schaffen, d. h. den Unternehmer zu einem beinahe altruistischen Diener der Gesamtheit erziehen. Ein schöner und edler Gedanke, dessen Verwirklichung uns als anzustrebendes Ziel erscheint. Allein, im wirklichen Leben wird es nicht gelingen, an die Stelle des profitgierigen Unternehmers einen bescheiden-genügsamen Heiligen zu setzen. Die Wirklichkeit, in der der Unternehmer ein kühl auf seinen Vorteil bedachter, rechnender und spekulierender Zahlenmensch ist, eine Art homo oeconomicus, wird sich nicht um diese Ideologie kümmern; denn, wie der jüngst verstorbene, hervorragendste deutsche Nationalökonom, Lujo Brentano, einmal treffend ausführte *): „Die Annahme, daß das Gewinnstreben des um seine Existenz ringenden Unternehmers durch das bloße, noch so hohe Verantwortungsgefühl des Beamten ersetzt werden könne, war doch nur eine Sonntagsidee Walter Rathenaus.“ Eben dieses Gewinnstreben, diese an sich sehr egoistische Eigenschaft, bietet uns die viel bessere Gewähr für eine gesunde Volkswirtschaft als ein in der Luft hängendes Unternehmer-Ethos. Jedes Wirtschaftssystem beruht in erster Linie auf der Mentalität seiner Wirtschaftssubjekte. Die Voraussetzung des Kapitalismus ist der Egoismus des einzelnen, das Streben nach dem größtmöglichen Gewinn. Solange die Menschen nicht zu selbstlosen, nur auf das Wohl ihrer Brüder und Schwestern bedachter Wesen umgewandelt werden können, solange wird jede Planwirtschaft, sei sie sozialistisch oder korporativ, eine Utopie bleiben. Und das ist gut so. Nur dann, wenn der Mensch als Individuum seine eigenen Ziele verfolgen kann, wenn er in der Entfaltung seiner Persönlichkeit nicht oder beinahe nicht gehemmt ist durch andere Instanzen, nur unter dieser Voraussetzung kann die Wirtschaft und überhaupt

*) L. Brentano: Ist das System Brentano zusammengebrochen?, Berlin, 1918, pag. 34.

unsere ganze Kultur vorwärtsschreiten. Das bedeutet nicht den Krieg aller gegen alle. Wir Liberale stellen die Gesamtheit über den einzelnen; in ihr aber muß sich die Persönlichkeit frei entwickeln können; denn die mannigfachen Kräfte, die im Menschen schlummern, wirken nur dann zum Besten aller, wenn man sie nicht verkümmern läßt.

Die Anhänger des korporativen Staates sehen im Berufsverband, dem der einzelne angehört, die primäre Gemeinschaft, aus dem allerdings durch Einfachheit bestechenden Grunde, daß sie die natürlichste sei. Gewiß spielt der Beruf im Leben des Menschen eine große, nicht zu unterschätzende Rolle. Die höchste Gemeinschaft aber ist der Staat. Er umfaßt unendlich viel mehr als eine Berufsgruppe. Deshalb ist es nicht Aufgabe der jungen Generation, im Menschen die Berufsgesinnung zu erziehen, sondern die staatsbürgerliche Bildung zu vertiefen. Die Demokratie hängt in ihrer Existenz von dem Maß von politischer Bildung ab, das der einzelne besitzt. Politische Bildung besitzen, heißt in den Fragen des staatlichen Lebens die Gesamtheit über einzelne Parteien, Berufsgruppen und Konfessionen stellen.

Der korporativen Wirtschaftsgestaltung wird der Liberalismus nicht zu Gevatter stehen können; er müßte sonst seine ganze liberale Überzeugung verleugnen. Der schweizerische Freisinn muß auch in der Wirtschaft das Wohl aller als einzige Richtlinie seines Handelns anerkennen. Er kann deshalb nicht Hand bieten zu dieser wirtschaftlichen Kirchturmspolitik. Für ihn gibt es auch in wirtschaftlichen Fragen nur den geraden Weg, den ihm seine liberale Weltanschauung weist. Für korporative Strömungen mag aus Mangel an etwas Besserem im Wirtschafts- und Sozialprogramm der Schweizerischen konservativen Volkspartei Platz vorhanden sein,² im freisinnigen Parteiprogramm haben sie nie und nimmer etwas zu suchen.

II.

Die Bestrebungen der „Neuen Front“ sind aus jener Unzufriedenheit herausgewachsen, die gegenwärtig durch die ganze intellektuelle Jugend hindurchgeht. Man wird diese Verärgerung, die mehr als eine bloße Laune ist, nicht zu leicht nehmen

dürfen, sondern man muß versuchen, sie zu verstehen. Auch wenn man — wie der Schreiber dieser Zeilen — mit beiden Füßen auf dem Boden des Liberalismus steht und der Mode zum Trotz sich zur Schweizerischen freisinnig-demokratischen Partei bekennt, so darf man nicht einfach an der großen Enttäuschung über unser politisches Leben vorbeisehen. Bei näherer Betrachtung muß man sie verstehen und begreifen. Aus diesem Verständnis heraus erwächst uns aber nicht nur die Aufgabe zu negativer Kritik, sondern vor allem auch die Pflicht, mit positiven Vorschlägen aufzurücken.

Meines Erachtens ist unsere Krise der Demokratie — um das banale Schlagwort zu verwenden — nicht in erster Linie eine wirtschaftliche, sondern eine politische. Das trennt mich grundsätzlich von der „Neuen Front“, die alles Heil von dem Zaubermittel der korporativen Planwirtschaft erwartet. Das Unternehmer-Ethos und der zentrale Wirtschaftsrat könnten den Schäden der Demokratie in keiner Weise entgegenwirken. Unser öffentliches Leben braucht eine politische Regeneration.

An der Demokratie als Staatsform darf nicht gerüttelt werden. Sie bleibt auch in Zukunft das starke Fundament unseres Staates. Wogegen wir uns aber mit aller Schärfe wenden müssen, das ist der Götzendienst, der mit der Demokratie getrieben wird. Unsere Demokratie muß nicht in erster Linie die demokratische Form beachten. Der demokratische Geist ist es, der die wahre Demokratie ausmacht. Heute haben wir in der Schweiz wohl eine glänzend ausgebaut Formdemokratie, der demokratische Geist aber hat sich zu einer oft sehr geistlosen Schlagwortpolitik entwickelt. Wir glaubten, die höchste Stufe der staatlichen Entwicklung erklommen zu haben, als wir vom Volke verlangten, über die kleinste Straßenverlängerung abzustimmen. Mit der Wahl seiner Richter hatte das Volk ein schönes Recht aber wohl nicht die besten Richter bekommen. Mit der Übersteigerung der formalen Demokratie müssen wir zu Ende kommen. Eine konzentrierte oder eine „rationalisierte“ Demokratie (zwar ein unsinniger Ausdruck) muß an Stelle der Buchstabendemokratie treten. Es handelt sich dabei um keine reaktionäre oder faschistische Idee, auch nicht um ein Zurückgehen in die Frühzeit der demokratischen Entwicklung, son-

dern einfach um eine Anpassung an die veränderte politische Mentalität der Bürger. An ein Klassenwahlrecht oder an ein abgestuftes Stimmrecht kann selbstverständlich nicht gedacht werden. Hingegen sollte statt des häufigen Obligatoriums ein Fakultativum Platz greifen. Das obligatorische Gesetzes- und Finanzreferendum hatte in einer politisch regen Zeit seine volle Berechtigung. Heute hat es sich überlebt. Lassen wir dem Volk das Recht, das Referendum zu ergreifen; aber machen wir daraus nicht eine Pflicht! Das fakultative Referendum ist ein viel besseres politisches Erziehungsmittel als das obligatorische; denn so muß der Bürger nur dann seine Meinung äußern, wenn sich zwei Auffassungen scharf bekämpfen. Das zwingt ihn unwillkürlich zur Beschäftigung mit den öffentlichen Angelegenheiten seines Landes. Ähnlich verhält es sich mit den Wahlen gewisser Beamter. Gegen die Volkswahl der obersten Exekutivbehörde ist nichts einzuwenden. Subalterne Beamte sollten jedoch nicht von der persönlichen Gnade des einzelnen Stimmberechtigten, dem die nötige Einsicht in die tatsächlichen Verhältnisse meistens abgeht, abhängig sein. Die Wahl der Tüchtigsten ist nur dann gewährleistet, wenn sie von fachmännischen Kollegien vorgenommen werden. Politische Behörden und der Souverän sind dazu nicht geeignet. Es handelt sich nicht — oder müssen wir bereits sagen, es soll sich nicht um politische Wahlen handeln?

Durch solche rein technische Maßnahmen können aber nur kleinere Mängel behoben werden; den Kern der politischen Interesselosigkeit treffen sie nicht. Was heute unserer Demokratie zum Teil fehlt, das sind die Männer, die vor dem ganzen Volk die Verantwortung zu tragen bereit sind. So kommt es nicht von ungefähr, daß unsere Jugend immer lauter und immer ungeduldiger nach Führern schreit. Sie geht manchmal sogar so weit und erhebt den Ruf: Diktatur. Diese kommt für uns nicht in Frage. Der Schweizer besitzt eine zu große politische Bildung, als daß er dieses Radikalmittel nötig hätte. Wir müssen dessen Anwendung den politisch weniger reifen Völkern überlassen. Das Führerproblem wird von Jahr zu Jahr akuter. Gestehen wir es offen ein, große bürgerliche Parteien besitzen in vielen Teilen des Landes keine Führer. Sie haben in ihren

Reihen viele intelligente, begabte und fleißige Männer, die eifrig bestrebt sind, nur das Beste zu wollen. Führer aber, wirkliche Führer, die das Schicksal ihres Landes in ihren Händen haben und ihr Bestes für die Heimat freudig hingeben, solche Führer haben wir nur ganz wenige. In unseren Parlamenten sitzen Rechtsanwälte und Dutzende von Sekretären; die wahren Volksmänner aber fehlen. Sie müssen auch fehlen, haben wir es doch dank unserer famosen Demokratie so weit gebracht, daß unsere Volksvertreter nicht mehr Vertreter der Volksmehrheit sind, sondern Mandatare einer Splitterpartei oder ihres Verbandes. Ich höre den Einwand, die Frage des Wahlverfahrens sei eine rein technische. Allerdings hat die Technik unter der Herrschaft des Proporz Vertrauen, persönliche Tüchtigkeit und wahre Volkstümlichkeit ausgeschaltet. „Der Proporz bedeutet die Heiligsprechung der Zahl“, führte einst ein geistreiches Nationalratsmitglied aus. Es ist hier nicht der Ort, sich wissenschaftlich-staatsrechtlich mit dem proporzionalen Wahlverfahren auseinanderzusetzen. Eines sei jedoch festgestellt: der Proporz geht von der ganz falschen Voraussetzung aus, das Parlament müsse eine Parteienvertretung sein. Wäre das so, dann bestünde die Meinung allerdings zu Recht, jede Partei müsse im Parlament genau ihrer zahlenmäßigen Stärke vertreten sein. Das Parlament ist aber eine Volksvertretung, eine Körperschaft, in die das Volk und zwar das ganze Volk die Männer seines Vertrauens entsendet. Dann ist auch die Gewähr dafür geboten, daß nur die Besten und Würdigsten gewählt werden. Dann hätten wir wieder wirkliche Führer des Volkes, die nicht nur bei Budgetdebatten ihre politische Begabung dadurch beweisen, daß sie für ihren Verband jedes Jahr einen höhern Beitrag ergattern, sondern die die Fragen der Politik und der Wirtschaft von einem gesamtschweizerischen Standpunkt aus betrachten.

Wenn die politische Erneuerung für unsere Heimat eine Notwendigkeit geworden ist, so dürfen wir doch anderseits auch die wirtschaftlichen und sozialen Mißstände nicht außer Acht lassen. Die Frage der Eingliederung der Wirtschaftsverbände in unseren Staat scheint mir jedoch durchaus sekundärer Natur zu sein. Den Wirtschaftsverbänden können begutach-

tende Kompetenzen übertragen werden, ein Weg, der praktisch bereits beschritten wurde (Beamtengesetz, Alkoholfrage, Getreidefrage, Alters- und Hinterbliebenenversicherung). Man denke auch an die erste schweizerische Wirtschaftskonferenz, die ganz sicher manche wichtige Frage abklärte. Gegenwärtig liegen übrigens vor dem Nationalrat zwei Anregungen, die einen kleinen Wirtschaftsrat als begutachtende Instanz schaffen möchten (Motionen Schmid-Zürich und Scherer-Basel). Viel bedeutungsvoller als alle diese Detailfragen ist der Ausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Für die Zukunft unserer schweizerischen Demokratie wird es entscheidend sein, ob es gelingen kann, die Arbeiterschaft dem Volksganzen einzuhüllen. Die Wege, die hier vorgeschlagen werden, sind grundverschieden. Die Anhänger von Karl Marx werden nicht müde, nach dem Sozialismus zu rufen, von rechts her wird (in verstärktem Maße seit der Enzyklika „Quadragesimo anno“) in der korporativen Ordnung alles Heil gesehen. Demgegenüber sehen wir Freisinnigen in einer weitherzigen, liberalen Sozialpolitik das beste Mittel, um die schweizerische Arbeiterschaft am Staat zu interessieren. Grundsätzlich halten wir am Kapitalismus, an der „Piratenmoral“, wie sie jüngst verächtlicherweise genannt wurde, fest. Was wir bekämpfen wollen und bekämpfen müssen, das sind die Auswüchse des kapitalistischen Systems. Gerade deshalb, weil wir aus innerster Überzeugung im individualistisch-kapitalistischen System die einzige mögliche Wirtschaftsform sehen und weil wir den Kapitalismus immer jung und lebenskräftig erhalten wollen, müssen wir durch die Sozialpolitik seine Mängel und Ungerechtigkeiten zu bekämpfen suchen — wenn man schon keine andern Gründe, Herzensgründe für sie findet. In der Sozialpolitik sehen wir die Aufgabe des Staates. Hier liegt unseres Erachtens auch das schönste Arbeitsfeld für die freisinnig-demokratische Partei. Nicht in der Schaffung einer konservativ-faschistisch-sozialistischen Planwirtschaft sehe ich die künftige Aufgabe, sondern in der Überbrückung der sozialen Gegensätze. Deshalb habe ich am Akademikertag mit so großer Freude der Resolution Dr. Börlin zugestimmt, die von der Partei in dieser Richtung vermehrte Tätigkeit verlangt. Es soll ohne weiteres anerkannt werden,

daß sie bereits viel getan hat. Als jüngstes Werk ist die Altersversicherung zu nennen. Sie ist ein Werk freisinniger Tatkraft, geschaffen von freisinnigen Männern in der Überzeugung, damit ein schönes Stück sozialer Reform geleistet zu haben. Da wird die Solidarität aller Volksgenossen zur Tat.

III.

Die Regeneration unseres öffentlichen Lebens liegt nicht in einer utopischen Ideologie, sondern in den Realitäten des Lebens. Was wir brauchen, ist eine Rückkehr vom Opportunismus zu offener und ehrlicher Grundsatzpolitik. Als überzeugter Freisinniger habe ich den aufrichtigsten Wunsch, daß wir wieder mehr zu den alten liberalen Prinzipien zurückkehren. Das bedeutet weder reaktionärer, blinder Konservativismus noch dumpfe Stagnation. Liberal sein in diesem Sinne heißt, sich zu der freisinnigen Weltanschauung bekennen, zu jenen Gedanken, die schon alt und doch einen so eigenen Klang haben, daß sie immer und immer wieder freudige Begeisterung auslösen. Wie könnte es auch anders sein, ist doch der Liberalismus nicht eine leblose Doktrin, nicht eine starre These, entstanden in der muffigen Luft der Studierstube, sondern quillt er doch aus der reichen Mannigfaltigkeit des Lebens selbst hervor.

Weil es für mich feststeht, daß die Zukunft unseres Vaterlandes nur auf der Grundlage des Liberalismus geschaffen werden kann, daß nur eine Partei die Geschicke unserer Heimat leiten darf, die eine wahre Volkspartei ist, eine Partei, in der „der Bauer neben dem Handwerker, der bezahlte Lohnarbeiter neben dem Mann der freien Wissenschaft Platz finden“, wie einst der unvergeßliche Robert Forrer unsere Partei trefflich charakterisierte, aus diesem Grunde stehe ich mit meiner ganzen Überzeugung zum Programm der freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz und zu ihrer Politik, von der ich den festen Glauben besitze, daß sie im schönsten Sinne des Wortes die Solidarität aller Volksgenossen verwirklicht.

Werner König, iur.

OFFIZIELLE MITTEILUNGEN.

WELTSTUDENTENWERK.

Wir erlauben uns, Ihnen mitzuteilen, daß das „Internationale Institut für Studentische Selbsthilfe und Gemeinschaftsarbeit des Weltstudentenwerks“ in Dresden, Kaitzer Straße 2, nach Beschuß der Vollversammlung des Weltstudentenwerks vom April dieses Jahres nach

Genf, 13/14 rue Calvin

verlegt worden ist und unter gleichzeitiger Umwandlung in eine „Abteilung für Studentische Selbsthilfe und Gemeinschaftsarbeiten“ mit unserem hiesigen Generalsekretariat verbunden wurde.

Die Abteilung hat an Stelle von Dr. G. G. Kullmann, der zum Leiter des „Centre d'Information Scolaire“ am Völkerbund ernannt wurde, vom 1. Juni dieses Jahres an Dr. Karl Epting übernommen.

Wir bitten Sie, von diesen Änderungen Kenntnis zu nehmen und der Arbeit des bisherigen Instituts auch in der neuen Form Ihr Interesse und Ihre gütige Mitarbeit zukommen zu lassen.

Mit akademischem Gruß

Weltstudentenwerk, Dr. Walter Kotschnig, Generalsekretär.

STUDENTENSCHAFT DER UNIVERSITÄT ZÜRICH.

Präsident der Studentenschaft und des kleinen Studentenrates ad interim:
Helmut Suter, oec., Albisstraße 39. Sprechstunde: Freitag 11—12½ Uhr, im Sekretariat.

Mitglieder des kleinen Studentenrates (K.St.R.):

Charl. Trefzer, med., Klusstraße 18

Thilo Ziegler, iur., Universitätstraße 16

Hans Erb, phil. I, Wiedingstraße 46, Tel. 37.190

Heinz Frank, iur., Seefeldstraße 125.

Präsident des Großen Studentenrates (G.St.R.): Max Corti, iur., Winterthur, Trollstraße 24.

Vortragskommission: Präsident Hans Glattfelder, iur., Stolzestraße 18, Zürich 6.

Zentralstellekommission: Präsident Hans Frei, oec., Scheuchzerstraße 12, Zürich 6.

Bibliothekskommission: Präsident Eugen Fischer, iur., Gladbachstraße 52, Zürich 6.

Vergünstigungskommission: Annemarie Nowacki, iur., Nägelistraße 16, Zürich 7.

Lesesaalkommission: Präsident Otto Schmied, theol., Rotachstraße 8, Zürich 3.

Sportkommission und Se-Schlu-Ba-Kommission sind für das W.S. noch nicht gewählt worden.

Die **Redaktionskommission** besteht aus dem jeweiligen Präsidenten des K.St.R., dem Präsidenten des D.C. des Verbandes der Studierenden an der E.T.H. und dem Redaktor des „Zürcher Student“.

TODESFÄLLE.

Am 13. Juli 1931 starb an den Folgen einer Angina stud. phil. Oskar Wegmann, Sekundarlehrer, von Zürich, und am 9. August 1931 infolge eines Unfalls in Paris stud. phil. I J. Hartmann von Luzein, Graubünden.

Sekretariat der Universität: F. Peter.

ZENTRALSTELLE.

Ab 12. Oktober ist die Zentralstelle der Studentenschaft, Universität, Zimmer 2, der auf genossenschaftlicher Basis betriebene Laden der Zürcher Studentenschaft wieder täglich geöffnet, vormittags von 9 bis 13 Uhr, sowie Dienstag und Donnerstag von 14—17 Uhr.

Wir machen die neu immatrikulierten Kommilitonen darauf aufmerksam, daß wir sämtliche Lehrmittel, wie Bücher, Bestecke, Labormäntel, Papeteriewaren, Schreibmaschinen u. a. zu Selbstkostenpreisen verkaufen und daß auf Wunsch bei der Anschaffung der Lehrmittel gerne sachlicher Rat erteilt wird.

NEUANSCHAFFUNGEN DER BIBLIOTHEKKOMMISSION

bis 10. August 1931.

Anderson Sherw.	Der arme Weiße.
Annunzio Gabriele	La città morta.
Bajanoff	Stalin.
Buber Martin	Das Buch Namen.
Bülow Fürst v.	Denkwürdigkeiten, Band IV.
Dwiger E. E.	Zwischen Weiß und Rot.
Ebermayer Erich	Jürgen Ried.
Edschmid Kasimir	Glanz und Elend Südamerikas.
Ernst Paul	Jünglingsjahre.
Fuchs Georg	Wir Zuchthäusler.
Hausmann Manfr.	Salut gen Himmel.
Humm Rud.	Das Linsengericht.
Joyce James	Dublin (Novellen).
Kommerell Max	Jugend ohne Goethe.
Kommerell Max	Rede über Hoffmannsthal.
Larsen Anker	Rausch.
Liek Erwin	Der Arzt und seine Sendung.
Malraux André	La voie royale.
Mann Heinrich	Geist und Tat.
Martin du Gard R.	Les Thibault, VI.
Maurras Ch.	Les amants de Venise.
Much Hans	Körper, Seele, Geist.
Ortega y Gasset J.	Aufstand der Massen.
Rollin Hry.	La révolution russe (2 Bände).
Schaffner	Ihr Glück und ihr Elend.
Scheler Max	Die Idee des Friedens und des Pazifismus.
Siegfried A.	Das heutige Frankreich.
Tau	Prosa der Ungedruckten.
Tombari F.	La vita.
Traven	Die weiße Rose.
Villon	Balladen und Lieder.
Woolf Virginia	Fahrt zum Leuchtturm.
Zuckmayer C.	Der Hauptmann von Köpenick.

PREISAUSSCHREIBEN des H.S.Z. für JEDERMANN. 5 Fragen, 3 Preise.

F r a g e n:

- I. Ist das im Studentenheim (Eingang) aufgehängte Plakat des H.S.Z. wer-betechnisch gut und warum?
- II. In welcher Beziehung nicht, warum?
- III. Wirkt es besser als dasjenige in der Universität? Begründung!

IV. Auf was für einen Charaktertypus der Zeichnerin läßt die Wahl und Verwendung der Farben schließen? Begründung.

V. Wäre das Plakat, in dieser Art gedruckt, wirkungsvoll? Wieso?

Die Arbeiten sind, kurz und bündig, bis 10. November 1931 an die Redaktion des „Zürcher Student“ einzusenden, versehen mit einem Motto, das auch auf einem beigelegten Umschlag, der Namen und Adresse des Einsenders verrät, steht. Die besten Arbeiten werden publiziert.

Preise: III. 1 Flasche Eglisana.

II. $\frac{1}{2}$ Jahr frei im H.S.Z.

I. Fr. 20.— in bar.

Die Jury besteht aus den Herren Gust. Hiltpold, oec., Jacq. L. Ruedin, iur., und Wolfg. Steinbrüchel, iur. Ihre Entscheide sind endgültig.

SCHWEIZ. HOCHSCHULVEREINIGUNG FÜR DEN VÖLKERBUND.

Sektion Zürich. Generalversammlung. Das Hauptgeschäft der auf den 9. Juli einberufenen ordentlichen Generalversammlung war neben den statutarischen Traktanden eine Revision unserer Statuten. Der vom Vorstand sehr sorgfältig ausgearbeitete Statutenentwurf fand die Genehmigung der Versammlung. — Als Präsident für das kommende Semester wurde F. Salzmann vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

Anschließend an die Generalversammlung entwickelte unser Vizepräsident H. Waser ein klares Bild vom Wesen und der Organisation der weitverzweigten Hochschulbewegung für den Völkerbund, das mit einem interessanten Rück- und Ausblick schloß.

AUSBAU DES WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN UNTERRICHTS AN DER UNIVERSITÄT ZÜRICH.

Mitteilung des handelswissenschaftlichen Seminars.

Die fachwissenschaftliche Ausbildung der jungen Nationalökonomen, die später in führender oder ausführender Tätigkeit im Wirtschaftsleben wirken sollen, gehört zu den schwierigsten und verantwortungsvollsten Aufgaben der Universität. Die Praxis fordert vom akademisch gebildeten Volkswirt, daß er nicht nur ein gutes theoretisches Rüstzeug, sondern auch ein reichliches Maß empirischer Kenntnisse von der Hochschule mitbringt. Niemand wird erwarten, daß der junge Dr. oec. publ., der geradeswegs von der Universität ins Wirtschaftsleben kommt, schon über alle die Fähigkeiten und Erfahrungen verfügt, die eben erst in jahrelanger Arbeit erworben werden müssen. Wohl aber ist zu wünschen, daß der Student der Nationalökonomie schon während seiner wissenschaftlichen Ausbildungszeit eine unmittelbare Berühring mit der Wirtschaftspraxis in weit höherem Maße erhält, als dies bisher oft der Fall gewesen ist.

Von solchen Erwägungen geleitet, gehen die neueren Bestrebungen der Ausgestaltung des wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulunterrichts in der Richtung einer engeren Fühlungnahme mit den Vertretern des praktischen Wirtschaftslebens. Nicht durch umfangreiche Reformprogramme, sondern allein durch zielbewußte und stetige Arbeit vermögen wir jene neueren Entwicklungstendenzen der Wirtschaftswissenschaft zu fördern, die in Forschung und Lehre nach größerer Wirklichkeitsnähe drängen. In diesem Sinne ist die Leitung des handelswissenschaftlichen Seminars an der Universität Zürich bemüht, die nötigen Grundlagen für eine engere Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis im akademischen Unterricht zu schaffen. Sie kann dabei an alte bewährte Einrichtungen anknüpfen, die es auszubauen gilt. Schon seit 1906 sind an der Universität Zürich Vorlesungen und Übungen von Wirtschaftspraktikern abgehalten worden. In der letzten Zeit hat die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät solche Lehraufträge erteilt an Dr. Zimmermann (Schweizerischer Bankverein) für

Bankbetriebslehre und an Dr. Mötteli (Gebr. Sulzer A.-G.) für Industriebetriebslehre. Außerdem ist es gelungen, namhafte Praktiker zu gelegentlicher Mitwirkung bei den im Rahmen des handelswissenschaftlichen Seminars abgehaltenen Übungen zu gewinnen. So sind überaus fruchtbare Arbeitsgemeinschaften entstanden, die dem Universitätsunterricht ganz neue Möglichkeiten erschließen. Die Studierenden sind in der Lage, bei der Behandlung der einzelnen wirtschaftlichen Probleme unter Leitung des Fachvertreters sich nicht nur mit der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur vertraut zu machen, sondern auch die Anschauungen und Erfahrungen einer auf dem jeweiligen Sondergebiet praktisch tätigen Persönlichkeit kennen zu lernen.

Bereits im Wintersemester 1929/30 sind an der Zürcher Universität solche Übungen unter Mitwirkung von Praktikern durchgeführt worden. Es war zunächst das Gebiet der Versicherungslehre, das dank der entgegenkommenden Unterstützung von Präsident Tobler (Zürich-Unfall) in der Form solcher neugestalteten Seminarübungen behandelt werden konnte. Die einzelnen Versicherungszweige waren vertreten durch die Herren Dir. Bebler (Schweiz. Rückversicherungsgesellschaft), Dir. Dr. E. Köhler (Eidg. Versicherungs A.-G.), Dir. Dr. Linsmayer (Vita) und Dir. Dr. von Sprecher (Zürich-Unfall), die in dankenswerter Weise die einleitenden Referate übernahmen, an die sich dann regelmäßig eine lebhafte und ertragreiche Diskussion anschloß. In gleicher Art wurden die privatwirtschaftlichen Übungen im Wintersemester 1930/31 abgehalten. Es sprachen Herr Dr. Mötteli (Gebr. Sulzer A.-G.) über Organisationsfragen im Rechnungswesen der Industrie und Herr Dr. Leutenegger (Bank Guyerzeller A.-G.) über die Zürcher Effektenbörse. Beide Male wurde die Diskussion im Seminar durch eine Exkursion ergänzt.

Die mit der neuen Form des Zusammenwirkens von Wissenschaft und Praxis gemachten Erfahrungen ermuntern zu weiterer Ausgestaltung des akademischen Lehrbetriebes in dieser Richtung. Im Wintersemester 1931/1932 werden im Rahmen der Übungen zur Privatwirtschafts- und Genossenschaftslehre, die das handelswissenschaftliche Seminar der Universität Zürich veranstaltet, folgende Praktiker-Vorträge mit anschließender Diskussion stattfinden:

31. Oktober: Prof. Dr. Bachmann, Präsident des Direktoriums der schweizerischen Nationalbank: „Die Bilanz der schweiz. Nationalbank“.
7. November: Diskussion zu diesem Vortrag.
12. Dezember: C. J. Steiger, Prokurist i. Fa. Volkart, Winterthur: „Die Finanzierung des Überseehandels“.
19. Dezember: Dr. Zimmermann, Vizedirektor des Schweiz. Bankvereins, Zürich: „Sanierungen“.

Am 6. und 13. Februar 1932 steht außerdem in den Seminarübungen das Thema „Genossenschaft und Unternehmung im Lebensmitteleinzelhandel“ zur Diskussion. In dankenswerter Weise haben sich der Verband schweizerischer Konsumvereine, der Verband schweizerischer Spezereihändler und die Migros A.-G. bereit erklärt, ihre Vertreter zu diesen Befragungen zu entsenden. Es handelt sich jeweilen um den Samstagvormittag, 8.30—10 Uhr.

Nachdruck von Artikeln nur mit Zustimmung der Redaktion gestattet.

Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion des „Zürcher Student“, Zimmer 2, Universität, oder an die Privatadresse des Redaktors, Freudenbergstraße 108, Zürich 7, zu richten.

Redaktionsschluß für das nächste Heft: 30. Oktober.

PHOTO-CENTRALE

Wilhelm Pleyer

ZÜRICH, Bahnhofstraße 106

Entwickeln, Kopieren
Vergrößerungen

für anspruchsvolle Amateure
Schnellphotos für Pässe
Legitimationen etc. etc.

Spezialität:
Das Feinste in Photos
auf Postkarten

Vor der Fahrprüfung noch zwei, drei Fahrstunden bei der

AUTOFACHSCHULE MAAG

Kinkelstr. 70, Tel. 41.379, gew. staatl. Prüfungsexperte
(einiger auf dem Platze Zürich)

Vorprüfung auf Wunsch. Fahrstunden und erforderliche
Theorie zu jeder Tageszeit. Kurse auf meinen modernen
Lehrwagen, oder auf dem Wagen des Schülers.

Frauenbund Zürich 6

Alkoholfreies Restaurant „Tanne“

Tannenstraße 15, beim Polytechnikum
Sorgfältig geführte Küche

J. Strnad, Zürich 6

Universitätstraße 19

Med.-chirurg. Instrumentenmacher und
Messerschmied

Spezialität: Augen-, Ohren-, Nasen-Instrumente
Reparaturen, Feinschleiferel, Vernicklung
Telephon 42.261

Kunststopferei Frau M. Weiß

Rämistrasse 4, 2. Etage

Telephon 23.135

Erstes Spezialgeschäft in Zürich

„LASST BLUMEN SPRECHEN“

Bleicherweg 9
Clarideneck

FRAU E. RÜHL

Selnau 50.38
Telephon: Privat S. 63.83

empfiehlt sich mit

FEINEN BLUMEN

für Bälle, Verlobungen, Hochzeiten und andere festliche
Anlässe, Schleifenkränze (Bis zu Fr. 10.— 2%, über Fr. 10.— 5%)